Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 171 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 25. Juli 1934

Wie die „Treuhänderin für das Saarvolk" regiert.

NSK. Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben: Die Regierungskommission für das Saargebiet hat mit einem Schlage 25 Zeitungen — das sind fast sämtliche deutschen Zeitungen an der Saar — verboten und somit die gesamte journalistisch-publizistische Tätigkeit der Saarpresse auf mehr als drei Tage lahmgelegt, weil diese Presse das Gesetzwidrige des Emigrantenkommissars Machts anläßlich einer Haussuchung in den Räumen der Landesführung der „Deutschen Front" entsprechend charakterisierte.

Der Name Machts wirkt auf jeden Saardeutschen empörend, und wenn ausgerechnet dieser Machts von der Regierungskommission mit einer an und für sich schon unbegreiflichen Haussuchung in den Räumen der Landesführung der „Deutschen Front" beauftragt wird, der weit über 360 000 wahlberechtigte Saardeutsche angehören, so kann das einfach nicht anders, denn als maßlose Brüskierung und Provokation der Gefühle eines rein deutschen Volksteiles bezeichnet werden.

Wenn die gesamte saardeutsche Presse mit ehrlicher Aufrichtigkeit auf diese Tatsachen hinwies, dafür aber von der Regierungskommission durchwegs verboten wird, so beweist das, daß eben diese Regierungskommission, die vom Völkerbund als Treuhänderin für das Saarvolk bestellt wurde, zum mindesten von ihrer Tätigkeit als Treuhänderin eine mehr als merkwürdige Auffassung hat. Und wenn sie gar noch das durch nichts, aber auch gar nichts gerechtfertigte Verbot mit angeblicher Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und Bruch des gegebenen Versprechens der Disziplin seitens der Saarpresse zu argumentieren versucht, so beweist das ferner, daß diese Regierungskommission unter Disziplin seitens der „Deutschen Front" absolutes und stillschweigendes Beugen unter jede ihrer Maßnahmen verstanden wissen will.

Augenfälliger hat die Regierungskommission ihre klare Parteilichkeit, ja ihre offenkundige Antipathie gegen jeglichen deutschen Gedanken an der Saar, noch nie bewiesen, als jetzt, wo sie auf einen Schlag 25 Verbote saardeutscher Zeitungen aussprach. Der Polizeikommissar Machts ist ein Emigrant, der Deutschland aus Gründen seiner Staatsfeindlichkeit verlassen mußte; Machts hat während des Krieges Selbstverstümmelung begangen und als „Offizier" die Ausführung eines Befehls vor dem Feinde verweigert. Machts ist an der Saar einem jeden bekannter Freund der Separatisten und ein ständiger Gast von Matz Braun. Machts hat ehrliche deutsche Polizeioffiziere aus ihren Stellungen verdrängt. Machts, der natürlich nicht abstimmungsberechtigt ist, protegiert offensichtlich den Saarseparatismus und sabotiert ebenso offenkundig jeden deutschen Gedanken an der Saar. Wenn wegen dieser Person 25 Zeitungen verboten werden, so beleuchtet dies blitzartig die Situation an der Saar.

Es ist denn gar nicht notwendig, zu wissen, daß bereits seit Jahr und Tag und besonders seit dem 30. Juni dieses Jahres die sogenannten Zeitungen der „Antifaschistischen Front", die fast ausschließlich von nicht abstimmungsberechtigten Juden und Emigranten finanziert und redigiert werden, in geradezu sittlichkeitsverletzender Art und Weise die führenden Männer der deutschen Nation ungeahndet besudeln und beschimpfen dürfen. Obwohl jeder Saardeutsche, gerade in den letzten Wochen, als er die Zeitungen der Separatisten in die Hände bekam, ob den nicht mehr zu überbietenden Hetzereien doch immer und immer wieder nach der Regierungskommission schaute und ein Eingreifen ihrerseits erwartete, ist nichts erfolgt. In Sonderdrucken und Massenausgaben nannten die Kreaturen der separatistischen Schreibstuben den Führer des deutschen Volkes, zu dem, einschließlich der Saardeutschen, Millionen und aber Millionen in gläubiger Ehrfurcht emporschauen, einen „Blutsäufer", „Mordkanzler" und brachten ihn in derart widerlich verzerrten Bildern, daß jedem Deutschen an der Saar die Empörung überzuströmen drohte; aber die Regierungskommission schwieg.

Am gleichen Tage, an dem 25 saardeutsche Zeitungen wegen einer durchaus berechtigten Kritik an einem mehr als fragwürdigen Emigrantenpolizisten verboten werden, geifert eine separatistische Zeitung über die geplante Kundgebung der Saardeutschen auf dem Ehrenbreitstein wörtlich folgendes: „Der Abschaum von Kameradenmördern und Sadisten, von Morphinisten und Geisteskranken, von Säufern und Korruptionisten." In dieser Tonart geht es über die ganze erste Seite in einem angeblichen Aufruf „An alle". Obwohl dadurch das gesamte deutsche Volk an der Saar in kaum noch zu überbietender Weise provoziert wird, schweigt die „Treuhänderin" des Saarvolkes dazu und verbietet 25 saardeutsche Zeitungen wegen eines Emigranten.

Zur gleichen Stunde, da die Saarseparatisten Flugblätter verteilen, die ganz offen zum Mord an saardeutschen Menschen auffordern — unter genauer Angabe der Wohnungen und günstigsten Möglichkeiten eines Überfalls — durchwühlen Kriminalbeamte die Räume der „Deutschen Front". Eine Steigerung ist wohl nicht mehr möglich.

Es bleibt bei alledem ein Trost: In fünfeinhalb Monaten ist das Spiel zu Ende.

Karl Maaes.

Die Gefahren des Nordostpaktes

Ein eindrucksvoller Nachweis

Ein Pressevertreter hatte Gelegenheit, sich mit einer deutschen privaten Persönlichkeit, die den offiziellen Kreisen in Berlin nahesteht und die sich einige Tage in London aufhält, über den Nordostpakt zu unterhalten. Die Unterhaltung ergab etwa folgendes Bild von den in Berlin herrschenden Ansichten:

Während Westlocarno für Deutschland und Europa einen nicht fortdenkbaren Faktor im Wiederaufbau Europas bedeutet, fragt sich jeder Deutsche heute besorgt, ob der Nordostpakt die segensreichen Auswirkungen von Locarno schwer beeinträchtigt. **Die gegenseitige bewaffnete Hilfeleistung, die der neue Vertragsentwurf sogar unbekümmert vor die Konziliation setzt, bedeutet das Umherspazieren von acht Armeen im Herzen Europas und im Herzen Europas liegt Deutschland. Mehr als zwanzig Konfliktsfälle sind zwischen den acht Staaten des Vertrages leicht errechenbar und in all diesen Fällen soll Deutschland Etappe, wenn nicht Kriegsschauplatz werden.** Wenn heute die Vorkriegsdiplomatie nicht hoch im Kurse steht, so hat sie doch eine These hochgehalten: es muß in jedem Fall versucht werden, einen Streitfall zu lokalisieren. Hier wird das Gegenteil erstrebt. Im Falle kleinsten Konfliktes — und den Streit z. B. zwischen zwei baltischen Staaten kann man unmöglich einen europäischen Konflikt nennen — dürfen, ja sollen sich die schwerbewaffneten modernst ausgerüsteten Riesenheere von Großmächten in Bewegung setzen können, eine Vorstellung, die auch einen beherzten Europäer schaudern läßt. Wie soll das abgerüstete Deutschland einen solchen Vorschlag seiner hochgerüsteten Abrüstungsschuldner mit Begeisterung aufnehmen können? Wie ferner Deutschland an der Mehrzahl der möglichen Streitfälle, für die der Vertrag Vorsorge treffen soll, uninteressiert ist und sein wird, so werden hier künstlich durch die Garantien Interessen geschaffen, die bisher zum Segen Europas nicht bestanden. Hatte Rußland bisher glücklicherweise keine Interessen im Westen Europas, so wird hier Rußland Garant im Westen, dann dürfte seine Interessennahme nicht an der deutsch-französischen Grenze halt machen, sondern würde logisch und zwangsläufig darüber hinaus vorstoßen bis an die Nordsee und deren Anlieger unmittelbar berühren. Und Frankreichs östlicher Garant? Gemeinhin verbindet man mit dem Begriff Garant eine neutrale, nicht unmittelbar interessierte Macht, die sich im Dienst der großen Idee des Friedens in einen ihr an sich fremden Interessenkreis hineinbegibt, um neutraler, objektiver Sachwalter im Interesse der Staaten zu werden, die eine nach allen Seiten sich gleichmäßig auswirkende Stütze suchen. Die französischen Militärbündnisse mit einigen der vom Ostpakt zu erfassenden Staaten verhinderten aber selbstverständlich, daß Frankreich je die Rolle eines parteilosen Garanten übernehmen könnte. Von vornherein Partei, durch derartige Bündnisse einseitig orientiert, müßte Frankreich logischerweise von sich aus ablehnen, eine Rolle zu übernehmen, deren Durchführung die Aufgabe aller seiner Sonderbindungen gebieterisch verlangen sollte.

Sie fragen mich, wie ich Englands Rolle bei der jüngsten Entwicklung der Dinge ansehe. Der von England beschlossene Fünfjahresplan der Luftaufrüstung bedeutet, daß England zu der schmerzlichen Erkenntnis gekommen ist, daß die sehr starke Zunahme der Reichweite von Artillerie und Flugzeugen ihm den insularen Charakter endgültig genommen hat und daß es den Schutz seines Landes nicht mehr allein Flotte und Heer anvertrauen kann. Ist aber England Kontinentalmacht geworden, dann fragt man sich, wie kann dann England glauben, daß es sich künftig aus einem der zahlreichen möglichen Streitfälle, die der Nordostpakt vorsieht, herausschalten könnte, zumal die Tendenz des Vertrages gerade auf eine Generalisierung anstatt auf eine Lokalisierung der Konflikte ausgeht? Angesichts der Tatsache, daß durch das Losbrechen der Assistence mutuelle in jedem Falle englische Interessen berührt werden müssen, ist es dann wohl folgerichtiger, wenn England gleichfalls als Garant des Nordostpaktes auftritt und Europa gegenüber eine Bürgschaft übernimmt, die es nicht nur als sein Recht ansehen kann, sondern als seine Pflicht gefordert werden müßte. Wie England im Westen Garant von Locarno ist, so ist es im Osten Garant des Memelstatuts.

Aber unabhängig von der Garantiefrage: die deutsche öffentliche Meinung sieht mit Sorge, wie England, das angesichts seiner Weltinteressen Politik auf lange Sicht treiben sollte, aus einer nur vorübergehenden Auffassung über die Entwicklung eines anderen Landes heraus Europa den Weg ebnet für eine Masse unübersehbarer Abenteuer, die der Nordostpakt wie das trojanische Pferd in seinem Innern birgt.

Schüsse auf Polizeikommissar Machts.

Ein Zwischenfall in Saarbrücken.

In Saarbrücken hat ein gewisser Johann Baumgärtner aus Saarbrücken auf den Polizeikommissar Machts einige Schüsse abgegeben, die fehlgingen. Machts machte seinerseits kehrt und gab mehrere Schüsse auf Baumgärtner ab. Dieser brach zusammen und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die marxistische Presse macht durch Extrablätter den Versuch, diesen Anschlag der Deutschen Front in die Schuhe zu schieben. Demgegenüber ist festzustellen, daß Baumgärtner nicht der Deutschen Front angehörte, er war auch nicht früher etwa Mitglied der NSDAP. oder der SA. oder SS., war vielmehr von der NSDAP. im April 1933 wegen politischer Unzuverlässigkeit abgelehnt worden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Deutsche Front ein derartiges Vorgehen aufs schärfste verurteilt, da es vollkommen in Widerspruch zu ihren Richtlinien steht.

Saarbrücker Attentat — bestellte Arbeit?

Die Schießerei in Saarbrücken zwischen dem Polizeikommissar Machts und dem Chauffeur Baumgärtner hat sich als

Auftakt zu einer umfassenden Aktion der saarländischen Polizei und Landjägerei

erwiesen. Mit einem außerordentlich starken Aufgebot wurden auch Haussuchungen in den Büros des Deutschen Nachrichtenbüros Saarbrücken und der Saarkorrespondenz vorgenommen. In allen Fällen wurde als Grund der Maßnahme Verdacht der Anstiftung zu dem Attentat und Verdacht anderer strafbarer Handlungen angegeben. Zeitweise wurde das Straßenbild im Innern der Stadt Saarbrücken von der Polizeiaktion beherrscht. Die Bevölkerung blieb ruhig.

Einige spontane Äußerungen des vaterländischen Gefühls wurden von der Polizei rücksichtslos unterdrückt. Das Attentat selbst rückt in ein eigenartiges Licht durch die Feststellung der Tatsache, daß

der Täter von 1918 bis 1921 als Spitzel in französischen Diensten

stand. Merkwürdigerweise haben die Schüsse des Angreifers auch keine feststellbaren Schußspuren hinterlassen, so daß hier die Version durchdringt, er habe nur mit Platzpatronen geschossen. Eine Bestätigung dieser Auffassung würde den Angriff auf den im Saargebiet heftig umstrittenen Polizeikommissar als bestellte Arbeit erscheinen lassen und die ganze Aktion der Saarregierung zu einem ungeheuren Skandal stempeln.

Neue Haussuchung im Gebäude der Deutschen Front.

Nach dem Zwischenfall in Saarbrücken fand mittags erneut eine Haussuchung im Gebäude der Deutschen Front statt. Ein starkes Polizeiaufgebot riegelte diesmal das ganze Wohnviertel der Umgebung ab und besetzte sogar die Vorgärten der Häuser. Die mit der Aktion betrauten Beamten gaben als ihren „Auftrag" an, sie hätten die Räume zu prüfen und zu versiegeln. Auch auf der Redaktion und in der Wohnung des Chefredakteurs des „Saarbrücker Abendblattes" wurde eine Haussuchung vorgenommen, hier wegen „intellektueller Urheberschaft oder Mittäterschaft".

Der verletzte Attentäter Baumgärtner

ist bisher nicht vernehmungsfähig, sein Zustand ist sehr ernst. Wie ferner bekannt wird, hat Baumgärtner am vergangenen Montag einen Brief an die Landesleitung der Deutschen Front gerichtet, in dem er seine Absicht mitgeteilt hatte, mit den Anordnungen der Deutschen Front zu brechen. Der Brief läßt schon seiner ganzen Form nach auf den völlig verworrenen Geisteszustand des Verfassers deutliche Rückschlüsse ziehen. Die Landesleitung der Deutschen Front hat dieses Schreiben sofort der Staatsanwaltschaft übergeben, um auch ihrerseits alles in ihren Kräften Stehende zur Aufklärung der Beweggründe der Tat zu tun.

Die Deutsche Front lehnt es selbstverständlich ab, sich diese Gewalttat eines geistig verwirrten Menschen an die Rockschöße hängen zu lassen. Die Landesleitung wird in einer offiziellen Erklärung in schärfster Form gegen derartige Unterstellungen Front machen.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF